

Folkswalue
Postfach 146
DE 24205 Preetz

Datum: 06.06.2021

US-Botschaft Berlin
Pariser Platz 2
DE 10114 Berlin

Betreff: Strafanzeige und Strafantrag gegen die Mitglieder des Bundestages, des Bundesrates und den Bundespräsidenten im US-Protectorat BRD, wegen Rechtsbeugung nach dem BGBI. Teil III und wegen aller in Betracht kommender Straftatdelikte.

An den Militärstaatsanwalt der US-Besatzungsbehörde!

Wählen dürfen oder gewählt werden ist im US-Protectorat der BRD nach dem BGB Teil III von 1959 (Rechtsnormen der Britischen- und der US-Militärregierung) geregelt. Mit dem Wahlrecht zum Deutschen Bundestag und auch die Europawahl soll das deutsche Volk über die Formen und Inhalte seiner politischen Existenz entscheiden.

Die Staatsangehörigkeit ist die Voraussetzung für jede politische Wahl in Deutschland. Wer den NS-Status „Deutscher im Sinne des GG-Artikels 116 Abs. 1“ nicht besitzt, darf nicht wählen oder gewählt werden.

Rückblick Staatsangehörigkeit

1914 Die juristische Person **Deutscher** (Sache / Gegenstand)

Das **völkische** Wort **Deutscher** wurde am 1.1.1914 im Staatsangehörigkeitsgesetz § 1 durch die Eigenschaft als **Deutscher** zu einem juristischen Begriff (Legaldefinition). Im Art. 3 der Verfassung war am 1.1.1914 die Reichsangehörigkeit mit der Deutschangehörigkeit ausgetauscht. Die Unmittelbare Reichsangehörigkeit mit der Eigenschaft als Deutscher war der

neue Kolonie-Status in Übersee. Die **UR-D** war durch das Reichsgesetz Nr. 4266 mit Art. 3 der Verf. verlinkt. Die Eigenschaft als Deutscher hob den doppelten Status **D** u **StA-D**, den getrennten Status im StA-G § 1 **UR-D** o **StA-D** auf und waren verlinkt mit dem Kolonie-Status im Art. 3 der Verf. Der Kolonie-Status **UR-D = StA-D** im Art. 3 der Verf. für das DR war getarnt durch den Satz: Für ganz Deutschland besteht ein gemeinsames Indigenat. Die Überschrift R u StA für das Statusgesetz von 1913/14 tarnte zusätzlich den gültigen Kolonie-Status im Art. 3 der Verf. Die Feinde Deutschlands hatten das DR mit seinen Deutschen Staaten im Art. 3 kolonisiert.

Die Deutschen glaubten von 1871 bis Ende 1999 an den Status R u StA.
Der juristische Trick funktionierte bis zu seiner Enttarnung durch Folksvalue.

Natürliche Personen (Preuße, Bayer usw.) bis Ende 1913
1914 Juristische Person Deutscher (Sache/Gegenstand)

Das Militär-Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland trat 1949 in Kraft und ist nur für natürliche Personen. Die Menschenrechte von der UNO traten 1948 in Kraft und sind nur für natürliche Personen. Das Europäische Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit trat 2005 in der BRD in Kraft und ist nach Art. 1 nur für natürliche Personen. Das Völkerrecht ist nur für natürliche Personen zuständig. Der Int. Strafgerichtshof in Den Haag ist nur für natürliche Personen zuständig.

Der Mord an den Menschen z. B. in der Stadt Dresden oder an den deutschen Soldaten auf den Rheinwiesen am Ende des II. WK wurde rechtlich nicht an natürlichen, sondern an juristischen Personen (Sache / Gegenstand) durchgeführt.

Anlage 1 Beweis: Von der natürlichen zur juristischen Person.
Mit der Legaldefinition in die Entstaatlichung.

1946 Anordnung der britischen Militärregierung: Der NS-Status von 1934 blieb weiter gültig.

Anlage 2 Beweis: Amtsblatt S-H v. 29. Juni 1946

1946 Britische Militärverordnung Nr. 57: Den deutschen Ländern ist es verboten, über ihre Staatsangehörigkeit zu entscheiden. Das bedeutet: Die Besatzer entscheiden bis heute über den Zustand der Staatsangehörigkeit im US-Protectorat BRD.

Anlage 3 Beweis: 1946 Amtsblatt für S-H, Verordnung der Militärregierung Nr. 57
Gesetz des Kontrollrats in Deutschland, Verordnung Nr. 57

Die US-Militärregierung handelte dabei entsprechend den Grundsätzen, die von der britischen Militärregierung ausdrücklich ausgesprochen worden sind.

Anlage 4 Beweis: Bundesverwaltungsgericht Urt. v. 22.05.1958 (Punkt 10).

Der NS-Status im Militär-GG wurde 1949 von den Besatzern für die BRD im BGBl. Teil III vorgegeben. Die Britische Militärverordnung Nr. 57 verbietet seit 1946 den deutschen Ländern, über ihre Staatsangehörigkeit zu entscheiden. Nach dem Verbot wurde der Vernichtungsplan für die Deutschen im Art. 116 (1) des Militär-Grundgesetzes durch das Regime der Britischen Besatzer und der US-Corporation installiert.

Anlage 5 Beweis: 1949 Militär-GG für die BRD, NS-Art. 116 (1)

Die deutsche Staatsangehörigkeit gab es erst durch die National-Sozialisten. Der NS-Status im Art. 116 (1) entstand aus dem 9. Entwurf des NS-Kolonialgesetzes und aus dem NS-Wehrgesetz von 1935.

Anlage 6 Beweis: Die Einbürgerungspraxis im DR, Dissertation von Oliver Trevisiol
1940 Neunter Entwurf eines Reichskolonialgesetzes
1935 Wehrgesetz Reichsangehörigkeit § 18

Am 1.1.2000 traten der NS-Status von 1934 durch Art. 4, BGBl. Jahrgang 1999 Teil I Nr. 38 S. 1623 und die bereinigte Fassung im NS-Art. 116 (1) des Militär-GG außer Kraft. Die Entstaatlichung wurde an den Deutschen (juristische Personen: Sache und Gegenstand) stillschweigend durchgeführt. Der Status im Militär-GG ist seitdem eine Attrappe.

Anlage 7 Beweis: 1999 Gesetz / Reform des Staatsangehörigkeitsrechts (Entstaatlichung)
BGBl. Teil I, Seite 1632 NS-Status 1934 und 1949 traten außer Kraft.
BGBl. Teil III, Seite 67, Gliederungs-Nr. 102-2, aufgehoben Seite 1623.

Die entstaatlichte Staatsanwaltschaft aus Frankenthal in der Pfalz schrieb am 3.5.21, daß die NS-deutsche Staatsangehörigkeit, die von Adolf Hitler eingeführt wurde, am 1.1.2000 nicht aufgehoben wurde, da dies angeblich formalrechtlich nicht möglich sei.

Anlage 8 Beweis: Schreiben Staatsanwaltschaft Frankenthal v. 3.5.2021

BRD-Zuwanderungsgesetz und der Völkermord an der multinationalen Weltgemeinschaft.

Der Migrationspakt der EU und der UNO hat für das US-Protectorat keine Rechtskraft, da das Zuwanderungsgesetz von 2005 nur eine Status-Attrappe verleiht. Die Neuansiedler der Weltgemeinschaft verlieren ahnungslos durch die BRD-Status-Attrappe ihre wertvolle Staatsangehörigkeit. Dieser Völkermord ist vor einem Int. Militär-Strafgerichtshof zu bewerten und zu bestrafen.

Anlage 9 Beweis: Zuwand-G, BGBl. Jahrgang 2004 Teil I Nr. 41 v. 30. Juli 2004. Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz).

Kriegslist: Waffe Militär-Grund-Gesetz (1949 Basic law 1 / 1990 Basic law 2)

Die Vorgaben für das Militär-Grundgesetz wurden nicht auf deutschem Boden ausgearbeitet, sondern in den USA. Deutschland-Experten an den Universitäten von Wisconsin, Harvard in Amherst, an der New School for Social Research, im US-Kriegsministerium und später im Office of Military Government konstruierten das Militär-Grundgesetz für die besetzte Westzone in Deutschland. Die Väter des Grundgesetzes standen unter Aufsicht der Militär-Gouverneure und hatten sich an die Vorgaben der britischen Vernichtungs-Zentrale Tavistock zu halten. Die Britische Militärverordnung Nr. 57 vom 1.12.1946 verbot auch den deutschen Länderchefs über die Staatsangehörigkeit zu entscheiden. Der NS-Status UDR = UDStA von 1934, blieb durch die Britische Militärverordnung v. 13.3.1946 (312/ Refugees/9501/40), die am 29. Juni 1946 im Amtsblatt für Schleswig-Holstein auf Seite 23 angeordnet wurde, weiter bestehen. Der Art. 116 (1) im M-GG: Deutscher im Sinne (etwas planen) dieses Grund-G ist, ... wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, ... entstand aus dem 9. Entwurf des NS-Kolonialgesetzes. Der NS-Art. 116 (1) infizierte das M-GG mit dem verbotenen National-Sozialismus, während die Deutschen durch das Militärmanöver Entnazifizierung abgelenkt wurden. Die Todespläne Hooton, Morgenthau, Kaufmann usw. wurden durch den NS-Art. 116 (1) überlagert. Am 1.1.2000 war das Ziel von der Vernichtungs-Zentrale Tavistock erreicht. Der NS-Status von 1934 trat mit dem NS-Art. 116 (1) außer Kraft. Die Status-Attrappe UDR = UDStA täuscht seit dem 1.1.2000 die Entstaatlichten und die Neuansiedler in der BRD. Die BMVO Nr. 57 ist für die Status-Attrappe nicht zuständig, aber verantwortlich.

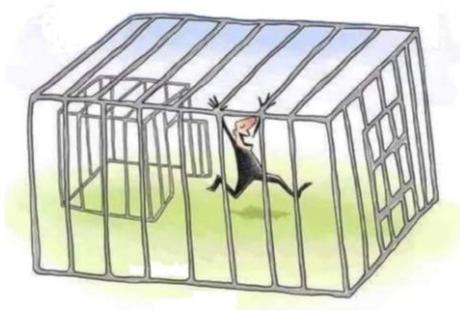
Die Liste der Status-Entwicklung zeigt, wie die deutschen Völker, seit 1934 das NS-gleich = geschaltete deutsche Volk, nach Plan entstaatlicht wurde.

1871	R u StA	Souveräner doppelter Status
1888	UR u StA	Kolonie-Status verlinkt mit Art. 3 der Verf.
1914	UR-D = StA-D	Art. 3 der Verf. mit kolonisiertem Status Deutscher (juristische Person) Sache und Gegenstand
1920	UDR = UDL	Versailler Kolonie-Status = Art. 110 der Verf.
1934	UDR = UDStA	Versailler Kolonie-Status = NS-Status

1946	UDR = UDStA	Der Status von 1934 blieb weiter gültig. BMVO Nr. 57 Verbot der Länder, über ihren Status zu entscheiden
1949	UDR = UDStA	NS-Status Art. 116 (1) Militär-GG
1975	UDR = UDStA	Status-Deutscher
2000	UDR = UDStA	NS-Status trat außer Kraft NS-Art. 116 (1) trat außer Kraft Die Ausländerbehörden verleihen die Status-Attrappe
2005	UDR = UDStA	Das Zuwanderungs-Gesetz verleiht die Status-Attrappe

Anlage 10 Beweis: Der Vernichtungs-Plan gegen die deutschen Völker

US-Protectorat BRD am 1.1.2000



... vom Kolonie-Käfig
in den Vernichtungs-Käfig

Tathergang

Status-Attrappe der BRD

Politiker mit der Status-Attrappe Deutsch-Angehörigkeit / Deutsche(r) Staatsangehörige(r) / Deutsche Staatsangehörigkeit führen im US-Protectorat BRD den Todesplan an den Deutschen weiter aus. Die Ausrottung durch Impfen ist der Höhepunkt vom Vernichtungsplan.

Die Feinde der Deutschen führen den Vernichtungsplan von Tavistock aus.

Nachdem das neue deutsche Infektionsschutzgesetz (IfSG) am 21. April 2021 vom Bundestag beschlossen wurde, passierte es den Bundesrat und wurde am Donnerstag den 22. April 2021 ebenfalls von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier unterzeichnet. Mit der Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt Teil I trat es am 23. April 2021 in Kraft.

Anlage 11 Beweis: Viertes Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite v. 22. April 2021

Das Infektionsschutzgesetz soll die Deutschen schützen. Wer den Vernichtungs-Plan nicht erkennt, läßt sich gutgläubig impfen. Der Impfstoff hat nicht nur Nebenwirkungen, sondern setzt das Abwehrsystem Geimpfter außer Funktion. Ab Herbst 2021 werden Geimpfte nach und nach sterben, da ihr Abwehrsystem durch den Impfstoff zerstört wurde. Impfung und Tod werden nach Plan listig getrennt, damit noch nicht Geimpfte die Verbindung von Ursache und Wirkung nicht erkennen sollen. Der Vergleich mit Rattengift ist ähnlich. Es wirkt nicht sofort, sondern zeitverzögert.

Dr. Vernon Coleman: Die natürlichen Abwehrsysteme der geimpften Menschen werden unterdrückt, weil die spezifischen Antikörper (Spike-Proteine), die durch den Impfstoff gebildet wurden, die Kontrolle übernehmen. Es ist Unsinn, durch Impfung seine Freiheit zu erhalten. Alle Geimpften werden im Herbst anfangen zu sterben. Das bedeutet für Kundige: Weiter impfen bis der Leichenwagen kommt.

Nobelpreisträger Luc Montagnier hat bestätigt, daß es keine Überlebenschance für Menschen gibt, die irgendeine Form des Impfstoffs erhalten haben. Alle Geimpften werden innerhalb von 2 Jahren sterben. In jedem Land folgt die Todeskurve der Impfkurve.

Dänemark stellt Impfungen mit Astrazeneca dauerhaft ein und hat 55.000 Impfdosen des Herstellers an Schleswig-Holstein abgegeben. In Deutschland gibt es Menschen, die sich nicht einmal geistig impfen lassen. Denke scharfkantig und folge nicht dem Vernichtungsplan. Wenn die Geimpften ihre spezifischen Antikörper an gesunde Menschen z. B. durch eine Blutspende weiter übertragen, werden auch Nichtgeimpfte infiziert. Die Hersteller von Covid-Impfstoffen schweigen sich darüber aus.

US-General Flynn bestätigt am 9. April 21: Die Pandemie wurde von Anfang an inszeniert und wies auf ein wissenschaftliches Papier der Johns Hopkins University aus dem Jahr 2017 hin.

Folkswalue steht in der Pflicht, den Militär-Staatsanwalt der US-Besatzungsbehörde in Kenntnis zu setzen, daß die deutschen Bundestagsabgeordneten und die Mitglieder des Bundesrates nur eine Status-Attrappe besitzen. Damit ist auch die Immunität der Mitglieder des Bundestages und des Bundesrates in der 19. Wahlperiode aufgehoben.

Anlage 12 Beweis: Mitglieder des Bundestages der 19. Wahlperiode
Anwesende Mitglieder des Bundesrates am 22. April 2021

Die anwesenden Bundesratsmitglieder haben bei der 1003 Sitzung in Berlin (Stenografischer Bericht, Donnerstag, den 22. April 2021) als Entstaatlichte das IfSG beschlossen.

Immunität und Staatlosigkeit

Die Mitglieder des Bundestages besitzen mit einem gültigen Status nach Art. 46 M-GG Immunität und haften nicht für ihre Taten. Der Schutz der Bundestagsabgeordneten ist durch die Entstaatlichung vom 1.1.2000 aber aufgehoben. Die Wähler im US-Protectorat werden aufgeklärt, daß eine politische Wahl mit juristischen Personen (Sache/Gegenstand), die seit dem Jahr 2000 entstaatlicht worden sind, keine Rechtskraft mehr besitzt. Die Besatzer haben 1959 die Rechtsnorm für das Wahlrecht im BGBI. Teil III veröffentlicht. Teil III kann fast vollständig auf Folkswalue.de im Vertikalmenü heruntergeladen werden.

Wer als entstaatlichter Wähler juristische Personen in den Bundestag und in die Landesregierungen wählt, hat das Thema nicht verstanden und ist juristisch unkundig.

Die Status-Attrappe im Protectorat BRD täuscht ihre Wähler.

Die nächste Wahl zum Bundestag kann abgewehrt werden, wenn der Bundestag von der US-Militärregierung aufgelöst wird und keine Neuwahlen zur 20. Wahlperiode stattfinden. In diesem Zustand entstehen keine neuen Besatzungsschäden und die entstaatlichten Wähler haben Zeit zum Nachdenken.

Jeder Personalausweis- und Reisepass-Inhaber der Bundesrepublik Deutschland sollte bei entsprechenden Kenntnissen seine Mitmenschen aufklären, keine politische Wahl mit seiner nutzlosen Stimme zu unterstützen. Das BRD-Regime hat mit seiner Staatlosigkeit sich selbst aufgelöst und kann auch nicht in der Europäischen Union überleben.

Anlage 13 Beweis: Vordrucke für die Wahl zum 20. Bundestag

Das neue deutsche Infektionsschutzgesetz (IfSG) wurde am 21. April 2021 vom Bundestag beschlossen, passierte den Bundesrat und wurde am Donnerstag den 22. April 2021 vom Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier unterzeichnet. Mit der Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt Teil I trat es am 23. April 2021 in Kraft.

Nach Art. 56 Militär-GG leistet der Bundespräsident bei seinem Amtsantritt vor den versammelten Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates folgenden Amtseid:

Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde, ...

Der Trick: Das deutsche Volk besteht nur aus juristischen Personen und wird durch den Amtseid nicht angesprochen.

Defender 2020

Am 20. Nov. 2020 wurde in Washington DC die US-Corporation (Flagge mit goldenem Rand) von der Trump-Regierung und dem Militär zerschlagen. Das bedeutet, die US-Corporation war bis zum 20. Nov. 2020 für Besetzungsschäden im US-Protektorat BRD zuständig. Der Ansprechpartner für entstandene Besetzungsschäden im Protektorat BRD ist jetzt nur noch die Britische Besatzungsbehörde.

US-Protektorat BRD-GmbH:

Am 12. September 2019 erklärte *US-Botschafter Richard Grenell*: „Die Deutschen sollten sich nicht länger der Illusion hingeben, souverän zu sein. Akzeptiert es endlich: Deutschland ist immer noch ein US-Protektorat!“

US-Protektorat BRD

Ungültige Dokumente mit oder ohne Unterschrift seit dem 1.1.2000

Der Grund für die fehlenden Unterschriften der tatsächlich Verantwortlichen ist in der fehlenden Staatshaftung zu suchen. Jeder „Beamte“ haftet danach persönlich und mit seinem Privatvermögen nach § 839 BGB. Es wundert also nicht, warum z.B. Richter Urteile, die weit reichende Folgen haben können, nicht unterschreiben. Da diese Vorgehensweise aber nicht nur im Einzelfall so gehandhabt, sondern grundsätzlich so gehandelt wird, ist der Willkür Tür und Tor geöffnet, denn es wird vermutet, dass es keine Verantwortlichen mehr gibt, die zur Haftung herangezogen werden können, wenn die eigenhändige Unterschrift des Ausstellers/Verantwortlichen fehlt! Die rechtlich zwingenden Grundlagen für die eigenhändige Unterschrift finden sich in den §§ 126 BGB (ranghöheres Recht), 315 I ZPO, 275 II StPO, 12 RPfIG, 117 I VwGO und 37 III VwVfG (zwingendes Recht / ius cogens).

Entstaatlichte Richter usw. sind in der BRD auch ohne Unterschrift in der Haftung, da sie nur eine Status-Attrappe besitzen. Entstehende Besetzungsschäden vor BRD-Gerichten, Verwaltungen usw. können mit Omas Anleitung (folkvalue.de) abgewehrt werden. Die strafange-

zeigten und abgelehnten Entstaatlichten ignorieren die BRD-Gesetze und versuchen sich selbst zu heilen. Die Straftäter werden dann beim US-Militärstaatsanwalt straf angezeigt, damit sie vor einem Militärgericht verurteilt und bestraft werden können.

Die US-Besatzungsbehörde ist in der Pflicht, im US-Protektorat BRD für entstaatlichte Personen Ausnahmegenehmigungen auszustellen, damit die Grundversorgung in der BRD gewährleistet ist. Die Bundesregierung sowie die Landesregierungen sind aufzulösen. Die Besatzer sorgen für Ruhe und Ordnung, bis Deutschland wieder souverän ist und seine Grenzen selbst schützen kann. Die entstaatlichte BRD ist seit 21 Jahren im Dexit und besitzt die verbotene Unmittelbare Unionsbürgerschaft. Mit der Status-Beseitigung brach am 1.1.2000 das BRD-Regime unsichtbar zusammen.

Der ausgeführte Wahlbetrug in den Vereinigten Staaten von Amerika wird im Jahr 2021 Stück für Stück offengelegt. Mit den Wahlmaschinen von Dominion Voting Systems wurden die US-Wahlen, wie auch die Wahlen im US-Protektorat der BRD und in Ländern der multinationalen Weltgemeinschaft gefälscht. Die Wahlzettel von US-Briefwählern wurden in der Corona-P(I)andemie manipuliert oder mit gefälschten Wahlzetteln ausgetauscht. Der Kandidat Joe Biden ist durch den US-Wahlbetrug nur ein Attrappen-Präsident.

Für einen Systemwechsel in Deutschland entscheiden in erster Linie die neuen US-Besatzer. Sie sind jetzt in der Pflicht, die entstaatlichten Befehlsempfänger aufzuklären und bis zur Befreiung von Deutschland weiterhin für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Wer der Wahrheit ins Auge schaut und scharfkantig denkt, ist auf dem Weg der Klarheit.

Das Bundesgesetzblatt Teil III von 1959 zeigt die Rechtsnorm für das Wahlrecht im US-Protektorat der BRD. Die Voraussetzungen für Wähler und Gewählte traten durch Art. 4, der NS-Status von 1934 und die bereinigte Fassung im Art. 116 (1) des Militär-Grundgesetzes (BGBl. Teil I, Jahrgang 1999, Nr. 38, Seite 1623) am 1.1.2000 außer Kraft

Folkswalue reicht über die US-Botschaft in Berlin dem Militär-Staatsanwalt der US-Besatzungsbehörde den Strafantrag gegen die Mitglieder des Bundestages und die anwesenden Mitglieder des Bundesrates der 19. Wahlperiode wegen fehlender Staatsangehörigkeit in der BRD ein. Bundestagsabgeordnete und Bundesratsmitglieder beugen das Recht und verletzen die Rechtsnorm der Besatzer nach dem Bundesgesetzblatt Teil III von 1959, siehe Gliederungs-Nr. 100 Grundgesetz und Gliederungs-Nr. 111 Wahlrecht, und wegen aller in Betracht kommender Straftatdelikte.

Anlage 14 Beweis: BGBl. Teil I Gesetz über die Sammlung des Bundesrechts v. 10. Juli 1958
BGBl. Teil III von 1959: Inhaltsverzeichnis.

Das neue IfSG trat durch Rechtsbeugung in Kraft. Die straf angezeigten entstaatlichten Politiker des Bundestages, des Bundesrates (Landesregierungen) und der Bundespräsident sind als entstaatlichte Personen nicht befugt, Gesetze zu beschließen. Sie tragen für das neue Infektionsschutzgesetz und deren Folgeschäden die Verantwortung. Wer als deutscher Politiker das neue IfSG und den giftigen Impfstoff verharmlost, sollte mit Astrazeneca selbst geimpft werden.

Die Besatzer sind in der Pflicht, die Bundesregierung und die Landesregierungen aufzulösen,
damit keine weitere Vernichtung an den Deutschen durchgeführt werden kann.

Europawahlordnung

Die Deutschen (Unmittelbare Unionsangehörige) sind nach den Rechtsnormen der Besatzer nicht in der Lage, an den Wahlen zur Europäischen Union teilzunehmen, da der Status, Deutscher im Sinne des Art. 116 (1) Militär-GG, die deutsche Staatsangehörigkeit zur Mitgliedschaft der EU fehlt.

Anlage 15 Beweis: Anlagen zur Europawahlordnung, Auszüge

Folksvalue reicht über die US-Botschaft in Berlin dem Militär-Staatsanwalt der US-Besatzungsbehörde den Strafantrag gegen die Mitglieder des Bundestages und die anwesenden Mitglieder des Bundesrates der 19. Wahlperiode wegen fehlender Staatsangehörigkeit in der BRD ein. Bundestagsabgeordnete und Bundesratsmitglieder beugen das Recht und verletzen die Rechtsnorm der Besatzer nach dem Bundesgesetzblatt Teil III von 1959, siehe Gliederungs-Nr. 100 Grundgesetz und Gliederungs-Nr. 111 Wahlrecht, und wegen aller in Betracht kommender Straftatdelikte.

Der Strafantrag wird zur Kenntnisnahme veröffentlicht:

- über die Botschaft in Berlin an das Außenministerium der Russischen Föderation
- über die Botschaft in Berlin an den Militärstaatsanwalt der Britischen Besatzungsbehörde
- an den Bundespräsidenten im US-Protektorat der BRD
- an den Bundesratspräsidenten im US-Protektorat der BRD
- an die Entstaatlichten im US-Protektorat der BRD über die Web-Seite Folksvalue.de

Der Drang nach Freiheit ist stärker als die Angst vor einer inszenierten Pandemie.

Hochachtungsvoll für den Weltfrieden

FOLKSVALUE**Institut für Friedensforschung**

István Torday



Norbert Gogolin



Rolf Reipöhler

Deutschland am 06. Juni 2021

